Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Volme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk außer Halver: Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlerbrück, Rönsahl, Kierspe, Kierspe-Bahnhof, Bollwerk, Vollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Valbert, Ohl, Kupferberg, Radevormwald, Bieckerfeld usw.

Druck und Verlag: Wilhelm Bein jr., Halver i. W. — Fernsprecher Nummer 442, Amt Halver. — Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver

Nr. 260 | Inseratenpreis: für 1 mm Höhe, 34 mm breit 6 Reichspfennig, für Behörden, Finanzanzeigen u. auswärtige Anzeigen 10 Reichspfennig, Reklame 10 Reichspfennig. Offertgebühren 10 Reichspfennig und Porto. | Halver, Donnerstag, den 5. November | Erscheint: wöchentlich 6 mal. Gratisbeilagen „Zeitgeschehen im Wochenbild“ „Landmanns Sonntagsblatt“ Herd und Scholle“. — „Für unsere Frauen“ und „Am Abend“ — | 1931

Was plant Frankreich?

Das Reichskabinett berät.

Das Reichskabinett trat zusammen, um über den Bericht zu beraten, den der deutsche Botschafter von Hoesch über seine Unterredung mit dem französischen Ministerpräsidenten Laval gehabt hat. Die Entzifferung des ausführlichen Pariser Telegramms hat längere Zeit in Anspruch genommen.

*

Die Prüfung der deutschen Zahlungsfähigkeit.

Zuständigkeit des Young-Ausschusses stark begrenzt.

Wie von zuverlässiger Seite verlautet, hat sich die Unterredung zwischen von Hoesch und den französischen Ministern tatsächlich im wesentlichen auf einen Bericht Lavals über die Washingtoner Begegnung und die sich daraus in erster Linie ergebenden französischen Gedankengänge beschränkt. Die wichtigsten Gesichtspunkte lassen sich ganz kurz dahin zusammenfassen, daß Präsident Hoover auf Grund der französischen Vorstellungen und vermutlich auch innenpolitischer Erwägungen die einfache

Verlängerung des Hoover-Feierjahres

aufgegeben hat. Da über die Notwendigkeit einer Neuregelung der Tribut- und Schuldenfrage für die Dauer der Krisenzeit Übereinstimmung erzielt wurde, regt die französische Regierung jetzt eine

Prüfung der deutschen Finanzlage und Zahlungsfähigkeit

an. Dieser erste vorbereitende Schritt muß nach französischer Auffassung durch einen Sachverständigenausschuß durchgeführt werden, wofür wiederum nach französischer Auffassung, — der Young-Ausschuß auf Grund des Artikels 120 in Frage kommt. Es fragt sich nun, wie weit der Young-Ausschuß im Hinblick auf seine begrenzten Vollmachten überhaupt in der Lage ist, eine freie und umfassende Prüfung der deutschen Zahlungsfähigkeit vorzunehmen. Die Reichsregierung hat auf den französischen Vorschlag zweifellos noch keine Antwort erteilt; sie wird nunmehr zu der Frage Stellung nehmen müssen, ob und unter welchen Voraussetzungen der Young-Ausschuß zur Durchführung der vorbereitenden Aufgabe geeignet erscheint.

Irgendwelche deutschen Vorschläge oder Pläne zur Stillhaltefrage sind der französischen Regierung nicht unterbreitet worden, ebenso war von irgendwelchen

politischen Bürgschaften nicht die Rede.

*

Rückkehr zum Young-Plan?

Wenn einer eine Reise tut, so kann er was erzählen! Und der französische Ministerpräsident Laval wird nach seiner Rückkehr aus Washington seinen Ministerkollegen und seinem Parlament viel zu erzählen haben und für Frankreich Erfreuliches. Er kann vor allem damit zufrieden sein, daß er durch die Aussprache mit Hoover erreicht hat, daß Deutschland nur auf eine Weise saniert werden soll, die Frankreich genehm ist. Frankreich hat hier Amerika gegenüber seine Wünsche durchgesetzt, denn dieses besitzt zwar in der Verbindung der Reparationsfrage mit den interalliierten Schulden die Schlüsselstellung, ist aber heute wegen seiner kurzfristigen Schulden in Frankreich schwächer als letzteres. Hoover hat sich in der Reparationsfrage jeder weiteren Initiative begeben, und so braucht Frankreich kein zweites „Hoover-Jahr“ mehr zu fürchten. Als Resultat ist zu bezeichnen, daß im Zentrum der Schulden- und Finanzfrage heute Frankreich steht und für Deutschland die Verhandlungen mit Frankreich. Der Rahmen, der dafür gezogen ist, ist jedenfalls nach Frankreichs Auffassung der Young-Plan. Die Reichsregierung wird also vor allen Dingen die Verpflichtung haben, die Welt von dem völligen Zusammenbruch des Young-Planes zu überzeugen. Daß Frankreich ein Interesse daran hat, bei einer Milderung der Reparationslasten für Deutschland nach den Bestimmungen des Young-Planes zu verfahren, ist sehr erklärlich, denn alle Erleichterungen, die Deutschland gewährt werden könnten, würden doch jedenfalls die „ungeschützten“ Zahlungen unangetastet lassen, die Frankreich über seinen interalliierten Schuldenanteil hinaus erhält. Für Deutschland aber ist eine Rückkehr zum Young-Plan nach dem Ablauf des Hoover-Jahres ein Ding der Unmöglichkeit, denn es hat sich während dieses Jahres gezeigt, daß Deutschland auch ohne Reparationszahlungen nicht leben kann, geschweige denn dann, wenn die Belastung selbst ziffernmäßig herabgesetzter Young-Zahlungen wieder einsetzen würde.

An Berliner zuständiger Stelle ist über die zwischen Laval und von Hoesch stattgefundene Unterredung eine Stellungnahme naturgemäß noch nicht zu erhalten, da die Prüfung des ausführlichen Berichtes, den der Botschafter nach Berlin gesandt hat, noch nicht abgeschlossen ist. In Berliner politischen Kreisen ist man der Auffassung, daß die französische amtliche Verlautbarung, die unmittelbar nach Beendigung der zweistündigen Unterredung ausgegeben wurde, sehr stark für den inneren Gebrauch bestimmt gewesen sein müsse, um so mehr, als eine weitere halbamtliche Auslassung, die die Agentur Havas in den frühen Morgenstunden des Mittwoch ausgab, eine etwas mildere Beurteilung zulasse. In der ersten amtlichen Verlautbarung ist bekanntlich die Rede von der Wiederherstellung der normalen Regelung des Young-Planes nach Ablauf des Hoover-Jahres. In der zweiten halbamtlichen Auslassung wird jedoch bemerkenswerterweise bereits das Wort von der deutschen Zahlungsfähigkeit in die Aussprache geworfen. Es heißt hier, daß der Sonderausschuß der BIZ. einzuberufen sei, der sich möglichst noch im Dezember oder Januar über die Zahlungsfähigkeit äußern solle. Der deutsche Standpunkt über die Einberufung dieses Ausschusses ist bekannt. Auslassungen von zuständiger deutscher Stelle, die kürzlich gemacht wurden, ließen erkennen, daß der Wiggin-Bericht bereits eine ausreichende Grundlage für die Beurteilung der Sachlage abgebe und daß sich infolgedessen nach deutscher Ansicht die Einberufung des Sonderausschusses erübrige. Die deutsche Reichsregierung wird in ihrer Antwort an Paris zweifellos darauf hinweisen, daß, wenn schon der Sonderausschuß der BIZ. die deutsche Zahlungsfähigkeit prüfe, diese Untersuchung dann die Gesamtverschuldung Deutschlands nach innen und außen umfassen müsse. Dem Ausschuß, dessen Aufgabenkreis nach den Bestimmungen des Young-Planes eng umgrenzt ist, muß demnach die Möglichkeit gegeben werden, alle Fragen der inneren und äußeren Verschuldung Deutschlands zu behandeln. Es geht nicht an, wenn die eine Frage als von der anderen getrennt bezeichnet wird. Dem § 120 des Young-Planes, der neben den §§ 119 und 125 die Zuständigkeiten des Sonderausschusses umschreibt, muß infolgedessen nach Berliner Auffassung eine Auslegung gegeben werden, die im weitesten Sinne der Prüfung der deutschen Zahlungsfähigkeit gerecht wird. Alles in allem ergibt sich, daß eine weitere Klärung der Fragen, die zwischen Botschafter von Hoesch und Ministerpräsident Laval besprochen worden sind, dringend notwendig ist.



Herr von Hoesch und Briand
nach der ersten Unterredung mit dem aus Amerika heimgekehrten Ministerpräsidenten Laval.

„Nichts mehr zu retten.“

Franklin Bouillon über die Auseinandersetzung mit Deutschland.

Der bekannte Deutschenhasser und Abgeordnete Franklin Bouillon erklärte in einer Rede auf einer Tagung der sozialen und radikalen Linken, es sei notwendig, auch in Frankreich zu einer Regierung des nationalen Zusammenschlusses überzugehen wie in England. Die bisherige Politik Englands und Amerikas hätte ersteres an den Abgrund geführt und letzteres vor die größten Schwierigkeiten gestellt. Dieser Politik sei auch der Young-Plan zum Opfer gefallen, und Deutschland weigere sich heute, auch nur einen Pfennig zu bezahlen. Ministerpräsident Laval habe zwar in Washington unbeschränkte Vollmachten erhalten, es sei aber unmöglich, zu retten, was einfach nicht mehr zu retten sei. Deutschland schulde heute 174 Milliarden Franc ohne die 40 Milliarden Tribute. Die französischen Banken hätten den Alliierten etwa 15 Milliarden vorgestreckt, und diese hätten sich beeilt, das Geld zu einem höheren Zinssatz in Deutschland unterzubringen. Heute verlange man von Frankreich, sich für diejenigen zu opfern, die es bisher ausgenützt hätten. Deutschland habe einmal einen inneren Bankerott planmäßig herbeigeführt und versuche heute, einen äußeren zu organisieren. Frankreichs Alliierte müßten jedoch verstehen, daß es sich unmöglich in den Abgrund stürzen könne, den sie selbst gegraben hätten.

*

Tributkonferenz im Januar in Paris?

Was die Pariser Presse schreibt.

Der „Intransigeant“ glaubt heute schon versichern zu können, daß im Januar in Paris eine Konferenz der Gläubigermächte und Deutschlands stattfinden werde.

Frankreich — so schreibt der „Temps“, dessen Beziehungen zum Außenministerium bekannt sind — sei nicht bereit, die Grundsätze des Young-Planes und sein Recht auf Tribute zu opfern. Es erkenne jedoch an, daß mit Rücksicht auf die Schwierigkeiten, in denen sich das Reich befinde, eine Neuregelung notwendig erscheine. Diese Regelung müsse jedoch aus dem im Young-Plan vorgesehenen Wege erfolgen und im Einklang mit allen übrigen interessierten Mächten vorgenommen werden. Ob eine Konferenz einberufen werden müsse, sei zu erwägen. Frankreich werde niemals zulassen, daß die Tribute den augenblicklichen finanziellen Interessen Deutschlands endgültig und unwiderruflich geopfert würden.

Kurze politische Nachrichten.

Im Bayerischen Landtag wurden die Anträge auf Aufhebung oder Abänderung der bayerischen Notverordnung vom 26 August 1931 gegen die Stimmen der Deutschnationalen, der Nationalsozialisten, des Bauernbundes und der Kommunisten abgelehnt.

*

Nach Ausweis des amerikanischen Schatzamtes beläuft sich der Fehlbetrag für die ersten vier Monate des laufenden Haushaltsjahres auf 674 575 960 Dollar. Schatzsekretär Mellon hat seine neuen Steuervorschläge auf einem voraussichtlichen Jahresfehlbetrag von 2500 Millionen Dollar aufgebaut und wird sie in Kürze dem Präsidenten Hoover vorlegen.

*

Nachdem Minister Klagges im Braunschweigischen Landtag seinen Standpunkt gegenüber den gegnerischen Vorwürfen dargelegt hatte, folgte die Abstimmung über den sozialdemokratischen Antrag: „Der Landtag wolle beschließen: Der Landtag mißbilligt die unterschiedliche Handhabung in der Genehmigung öffentlicher Umzüge.“ Der Antrag wurde gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt. Hierauf vertagte sich der Landtag auf unbestimmte Zeit.

Mißtrauensantrag gegen den preußischen Landwirtschaftsminister abgelehnt.

(258. Sitzung.) tt. Berlin, 4. November.

Der Preußische Landtag trat zu einer Vollsitzung zusammen, um vor allem über den deutschnationalen Mißtrauensantrag gegen den Landwirtschaftsminister Dr. Steiger abzustimmen.

In Erledigung der Tagesordnung wird zunächst eine Reihe von Ausschußanträgen angenommen. U. a. fand Annahme ein Antrag des Unterrichtsausschusses, wonach in den Schulen ausgedehnte und kostspielige Schulreisen verboten und nur solche Reisen gestattet werden sollen, die nicht länger als drei Tage dauern. — Nach einem angenommenen Antrag der Volkspartei sollen in den Schulen nur solche Filme gezeigt werden, die das gesund-sittliche Empfinden der Jugend nicht verletzen.

Es folgt die Beratung des Berichtes des Untersuchungsausschusses über die

Personalpolitik im Statistischen Landesamt.

Abg. **Heidenreich** (D. Vp.) legt als Berichterstatter die Feststellungen des Ausschusses zur Annahme vor. Darin heißt es u. a., daß seit April 1928 mehrere Fälle von partei- und gewerkschaftspolitischer Behandlung bei der Einstellung, dem Abbau und der Weiterbeschäftigung von Angestellten im Statistischen Landesamt vorgekommen seien.

Ein deutschnationaler Antrag, den Innenminister und den Finanzminister herbeizurufen, wird gegen die Rechte abgelehnt.

In der Aussprache erklärt Abg. **Ebersbach** (Dtn.), die Deutschnationalen verlangten sofortige Entlassung Dr. Cassaus aus dem Statistischen Landesamt, da auch nach der Arbeit des Untersuchungsausschusses eine Besserung in der Personalpolitik des Amtes nicht eingetreten sei.

Abg. **Leinert** (Soz.) vertritt die Ansicht seiner Fraktion, daß entgegen den Feststellungen des Untersuchungsausschusses politische Gründe in der Personalpolitik des Landesamtes während der letzten Jahre nicht mitgespielt hätten.

Hierauf wird die Aussprache zwecks Abstimmung über den deutschnationalen

Mißtrauensantrag gegen den Landwirtschaftsminister

Dr. Steiger unterbrochen. Der Antrag wird mit 228 Stimmen der Regierungsparteien gegen 179 Stimmen abgelehnt. Außer den Antragstellern stimmten für den Antrag die Deutsche Volkspartei, die Wirtschaftspartei, das Landvolk, die Nationalsozialisten, die Deutsch-Hannoveraner und die Kommunisten. Während sich der Christlich-Soziale Volksdienst an der Abstimmung nicht beteiligte, stimmten die beiden Volksrechtparteiler mit den Regierungsparteien gegen den Antrag.

In der fortgesetzten Aussprache über den Bericht des Untersuchungsausschusses zur Personalpolitik im Preußischen Statistischen Landesamt gibt

Abg. **Schamer** (Ztr.) gibt der Ansicht Ausdruck, daß die parteipolitischen Tendenzen erst mit dem Eintritt Cassaus und Posners in die Personalpolitik des Amtes getragen worden seien.

Abg. **Heidenreich** (D. Vp.) wendet sich gegen den Vorwurf des Abg. Leinert (Soz.), daß er als Berichterstatter nicht objektiv berichtet habe. Die Ergebnisse des Untersuchungsausschusses sind eine einzige Verurteilung gerade der sozialdemokratischen Personalpolitik im Statistischen Landesamt gewesen.

Die heutige Ausgabe umfaßt 8 Seiten.

Kleine Zeitung für eilige Leser

* Das Reichskabinett hat die Verhandlungen über die französischen Pläne zur Schulden- und Reparationsfrage aufgenommen.

* Preußen hat beschlossen, die Führung der Osthilfe dem Reich zu überlassen und seine Vertreter aus den Oststellen zurückzuziehen.

* Bei einem Schiffszusammenstoß in der Nordsee ist der Elsflether Logger „O. E. 42" gesunken. Ein Mann der Besatzung fand den Tod.

Abg. Kasper (Komm.) hebt hervor, die Feststellungen des Untersuchungsausschusses hätten nichts zutage gefördert als einen ekelhaften Streit aus der Futterkrippenpolitik der Sozialdemokraten und der bürgerlich-faschistischen Front.

Abg Grosske (Wpt.) meint, das Ergebnis der Ausschußverhandlungen könne als Schulbeispiel dafür gelten, wie es in staatlichen Verwaltungen nicht aussehen dürfe.

Abg. Stendel (D. Vp.) erklärt, die Untersuchung des Ausschusses habe seine schlimmsten Befürchtungen übertroffen.

Abg. Riedel (Staatspt.): Es komme jetzt darauf an, dafür zu sorgen, daß sich das Landesamt wieder seiner sachlichen Arbeit widmen könne. Bisher sei nicht nur von links, sondern auch von rechts in diesem Amt gesündigt worden.

Die Feststellungen des Ausschusses werden mit Stimmenmehrheit angenommen.

Darauf vertagt sich das Haus auf Dienstag 24. November.

Der Beratungsplan des Preußischen Landtages.

Der neue Haushalt im Dezember.

Nach den Beschlüssen des Ältestenausschusses wird der Preußische Landtag, nachdem er sich heute vertagt hat, zunächst vom 24. bis 28. November weitere Vollsitzungen abhalten. Als Hauptgegenstand wird die neue Geschäftsordnung beraten werden. Für Dezember ist ein Sitzungsabschnitt vom 14. bis 19. Dezember in Aussicht genommen. In den ersten Tagen sollen wichtige Ausschußanträge beraten werden, so Anträge über die Finanznot der Gemeinden, über die Fürstenabfindung und über die Notlage des Hausbesitzes. Vom 17. bis 19. Dezember will der Landtag den neuen Haushalt in erster Lesung beraten, um ihn sodann dem Hauptausschuß zu überweisen.

Milchhandelserlaubnis ab 1. Januar.

Auf die besonderen Erfordernisse, welche nach dem am 1. Januar 1932 in Kraft tretenden Reichsmilchgesetz künftig an die Milchhandelsstellen gestellt werden, weisen die preußischen Verwaltungsbehörden warnend hin. Vom 1. Januar ab bedürfen alle Milchverkaufsstellen einer Erlaubnis (Konzessionszwang), welche bei den nach dem 8. August 1930 eröffneten Stellen neben hygienischen Einrichtungen und Ausbildung des Personals auch von einem Mindestumsatz abhängig ist.

Das Wohnstättengesetz wird beraten.

Wohnungsausschuß des Reichstages einberufen.

Der Wohnungsausschuß des Reichstages, der in seiner letzten Sitzung Anfang Oktober beschlossen hatte, erst zugleich mit dem Reichstagsplenum wieder zusammenzutreten, ist nun doch vorher, und zwar für Donnerstag, den 19. November, einberufen worden. Auf der Tagesordnung stehen wiederum die Anträge der Sozialdemokraten und der Christlichsozialen für ein Wohnheimstättengesetz und die Anträge zum Miet- und Wohnrecht, deren Beratung der Ausschuß Ende September auf Wunsch der Regierung unterlassen hatte.

Schlechtes Geschäft bei der Reichspost.

Der Verkehr in fast allen Dienstzweigen zurückgegangen.

Die Deutsche Reichspost veröffentlicht ihren Bericht über das zweite Vierteljahr (Juli bis September) des Rechnungsjahres 1931. Der Verkehr ist, mit Ausnahme der Postaufträge und der Barauszahlungen, die ein wenig zugenommen haben, gegen den gleichen Zeitraum des Vorjahres in allen Dienstzweigen zurückgegangen, besonders stark im Paket- und Telegrammverkehr.

Die Postscheckkonten vermehrten sich im Berichtsvierteljahr um 6252 auf 1 008 856. Im Auslandsverkehr wurden trotz der Behinderung des Zahlungsverkehrs noch 48 Millionen Mark überwiesen. Die Zahl der Rundfunkteilnehmer hat sich um 12 354 auf 3 731 948 erhöht, von denen 218 191 Inhabern — Blinden, Schwerkriegsbeschädigten, Krisenunterstützungsempfängern usw. — die Gebühren erlassen waren. In den Monaten April bis Juni 1931 wurden 320 Schwarzhörer rechtskräftig verurteilt.

Das Zeitungsverbot in Braunschweig.

Reichsgericht bestätigt die Aufhebung des Verbotes der sozialistischen Zeitung.

In nichtöffentlicher Sitzung hat der IV. Strafsenat des Reichsgerichts die vom Reichsinnenminister angeordnete Verkürzung des Verbotes der Braunschweiger sozialdemokratischen Zeitung „Der Volksfreund" auf zehn Tage als gerechtfertigt erklärt.

Durch diesen Beschluß ist der Einspruch des braunschweigischen Innenministers Klagges gegen die von Gröner verfügte Begrenzung des Verbotes zurückgewiesen worden.

Vor einer Brotpreiserhöhung in Berlin.

Die Stellungnahme des Reichsernährungsministeriums.

Die Bäckermeister Groß-Berlins beabsichtigen, mit Rücksicht auf das Steigen der Mehlpreise den Brotpreis auf 53 Pfennige zu erhöhen. Aus diesem Grunde haben die Bäckermeister den Reichsernährungsminister um eine Aussprache gebeten.

Im Reichsernährungsministerium hält man eine neue Brotpreiserhöhung für unberechtigt, da die augenblickliche Verdienstspanne der Bäcker nach dem Mehlpreis der letzten Tage 16,75 Pfg. je 1000 Gramm Brot betrage.

Die Forderung nach einer erneuten Brotpreiserhöhung sei auch insofern völlig unberechtigt, als in Berlin immer mehr Betriebe billigeres Brot zu liefern in der Lage seien und daß zahlreiche Betriebe Berlins ihr Brot sogar für 45 Pfennige abgäben.

Zwei deutsche Schiffe verloren.

Ein Motorsegler untergegangen.

Mitte Oktober hatte der deutsche Motorsegler „Frieda" Stralsund mit einer Ladung Getreide für Dänemark verlassen, ist aber in seinem Bestimmungshafen nicht eingetroffen. Durch einen jetzt treibend aufgefundenen Rettungsring des Schiffes wurde die Befürchtung bestätigt, daß das Fahrzeug mit drei Mann der Besatzung in der Ostsee untergegangen ist. Die Leichen der Seeleute konnten noch nicht geborgen werden.

Eine Jacht im Sturm gestrandet.

Einem Sturm im Kanal ist die 3-Tonnen-Jacht „Große Freie", in der zwei Deutsche, Hans Krieg aus Königsberg und Heinrich Gesselmann aus Hannover, von Cherbourg aus über Spanien nach Amerika und dann um die Welt segeln wollten, zum Opfer gefallen. Sie wurde auf Land geworfen und zerstört. Die Insassen verloren einen großen Teil ihrer Habe, so daß zunächst einmal die englische Schiffbrüchigengesellschaft für sie sorgen mußte. Die beiden Deutschen hatten während einer ganzen Nacht Wasser aus dem Boot schöpfen müssen, um es schwimmfähig zu erhalten.

Paßfälscherwerkstatt in Wien.

Ein reichsdeutscher Kommunist verhaftet.

Der Wiener Polizei ist es gelungen, eine Paßfälscherwerkstatt größten Ausmaßes auszuheben, die für ganz Europa arbeitete und sogar mit außereuropäischen und selbst mit überseeischen Staaten Verbindung hatte.

In diesem Zusammenhang wurden der reichsdeutsche Staatsangehörige Willi Klose und der österreichische Kommunist Emmerich Kliwar festgenommen. Bei der vorgenommenen Hausdurchsuchung wurde eine ganze Anzahl Druckapparate modernster Konstruktion, die verschiedenartigsten Paßformulare sowie solche für Taufscheine und Heimatscheine und eine Menge Chemikalien beschlagnahmt. Einen wichtigen „Geschäftszweig" scheint auch das Einkleben falscher Photographien in richtig ausgestellte Pässe gebildet zu haben.

Man nimmt an, daß die in letzter Zeit in Mitteleuropa aufgegriffenen kommunistischen Werber ausschließlich von dieser Paßfälscherwerkstatt ihre Papiere bezogen haben.

Scharfe Antwortnote Briands an Japan.

Japan soll baldmöglichst Truppen zurückziehen.

Die in sehr scharfem Ton abgefaßte Antwort Briands auf die japanische Note vom 26. Oktober bringt u. a. zum Ausdruck, daß die wesentlichen Punkte der japanischen Forderungen schon in der Entschließung des Völkerbundsrates vom 30. September Berücksichtigung gefunden hätten, an die Japan gebunden bleibe. Briand ist der Ueberzeugung, daß China vor dem Rat alle Verpflichtungen auf sich genommen habe, die mit den fünf grundsätzlichen japanischen Forderungen übereinstimmten. Er gibt deshalb der Hoffnung Ausdruck, daß Japan dementsprechend baldmöglichst seiner Verpflichtung nachkommen werde, die Truppen aus der Eisenbahnzone zurückzuziehen. Schließlich weist Briand mit Rücksicht darauf, daß Japan so großen Wert auf die Sicherheit der japanischen Einwohner legt, darauf hin, daß die Ratsentschließung den Parteien empfahl, sofort Vertreter für die Regelung von Rechtsstreitigkeiten zu bestellen, die mit der Räumung entstehen könnten.

Der französische Botschafter beim Reichskanzler.

Im Rahmen der üblichen diplomatischen Empfänge nahm der Reichskanzler am Mittwoch den Besuch des französischen Botschafters Francois Poncet entgegen. Bei dieser Gelegenheit dürfte eine Fortsetzung des deutsch-französischen Gedankenaustausches über die zwischen Frankreich und Deutschland zur Aussprache stehenden Fragen erfolgt sein.

Nachklänge zum englischen Matrosenstreik.

24 Matrosen wegen Unbotmäßigkeiten entlassen.

Die englische Admiralität teilt mit, daß nach der Rückkehr der Atlantischen Flotte aus Invergordon, wo sich im September die großen Unbotmäßigkeiten abspielten, eine Reihe von Angehörigen der Schiffe ihre die Disziplin untergrabende Propaganda fortgesetzt haben und im Zusammenhang hiermit 24 Mann entlassen worden sind. Unter Bewachung von Seesoldaten wurden sie bis an die Tore der Marinekaserne in Devonport gebracht und waren entlassen. Die entlassenen Mannschaften waren meistenteils Marineangehörige mit längerer Dienstzeit. Sie kehren einfach ins Privatleben zurück und erhalten weiter keine Strafe.

Piatakow in Berlin.

Der stellvertretende Vorsitzende des obersten Volkswirtschaftsrates der Sowjetunion, Piatakow, der auch für die Vergebung der Sowjetbestellungen in Deutschland verantwortlich ist, ist in Berlin eingetroffen, um sich über die Fragen des deutschen Rußlandsgeschäftes zu unterrichten.

Belagerungszustand über Mukden.

Verschärfung des japanisch-chinesischen Konflikts.

Ungeachtet aller Versuche des Völkerbundes, den Konflikt in der Mandschurei aus der Welt zu schaffen, hat sich dort die Lage mehr und mehr zugespitzt. Die Gefechte zwischen japanischen und chinesischen Truppen nehmen immer größere Formen an, so daß die Japaner ihre Truppen, statt herauszuziehen, verstärken müssen. Über Mukden ist der Belagerungszustand verhängt worden; die dortige, von Deutschland errichtete Langwellenfunkstation ist niedergebrannt.

Haussuchungen und Verhaftungen in Sachsen.

Gegen kommunistische Untriebe.

Die politische Polizei Zwickau unternahm am Mittwoch mit Unterstützung einer Anzahl Kriminalbeamter und einem großen Aufgebot von Polizeibeamten in Schwarzenberg und Bermsgrün eine große Razzia nach verbotenen politischen Schriften und nach Waffen, bei Angehörigen der kommunistischen Partei. In Schwarzenberg wurde nach dem das Gebäude des kommunistisch geleiteten Konsumvereins und das Volkshaus umstellt waren, Durchsuchungen vorgenommen, ebenso in der Sporthalle in Bermsgrün. Außerdem wurden bei zahlreichen Kommunisten Haussuchungen vorgenommen. Ob Waffen oder sonstiges Material beschlagnahmt worden ist, steht bisher noch nicht fest. Die Polizei nahm eine ganze Anzahl von Verhaftungen vor.

Lokales und Provinzielles.

Halver, den 5. November 1931.

Sanfte Tage.

Man könnte meinen, es sei wieder Sommer geworden in der Natur. Lenzlich laue Lüfte wehen, und aus südlichen Bezirken unseres Vaterlandes kommen erstaunliche Nachrichten von Bäumen, die plötzlich wieder Knospen anzusetzen scheinen. An Bergeshängen stehen diese Bäume, die einen neuen Frühling erwarten, und hoch über ihnen, auf Bergesbreiten und Bergesgipfeln, liegt frischgefallener Schnee. Winterbild und Lenzesahnen vereint — das ist das merkwürdige. Oder doch eigentlich nicht ganz merkwürdig; denn jedes Jahr fast bringt solch unerwarteten Stimmungswechsel in der Natur, Winterliches mitten im Hochsommer und Sommerliches im Spätherbst.

Es ist, als ob uns das Scheiden von der schönen Jahreszeit besonders schwer gemacht werden sollte. Schnee und peitschenden Regen, eisig fegenden Wind und wirklichen Frost haben wir bereits durchgemacht in diesen letzten Wochen, und wir hatten uns bereits völlig auf Winter eingerichtet; denn schließlich ist es ja seine Zeit, und der November ist nur noch einen kleinen Schritt von ihm entfernt. Und nun ändert sich das alles über Nacht, und wir finden beim Erwachen goldig strahlenden Sonnenschein und angenehme Wärme vor, und es ist, als ob auch in uns selbst wieder lenzliches Hoffen und lenzliche Sehnsucht erwachten. Aber warte nur, balde . . .! Balde ändert sich das alles wieder; wir wissen aus langjähriger Erfahrung, daß ein solcher Spätfrühling im Spätherbst nicht von langer Dauer sein kann. Und darum liegt etwas besonders Rührendes, etwas besonders Wehmütiges, liegt ein Hauch von goldener Poesie um diesen späten Frühling, um diese sanften, diese allmählich still abgleitenden Scheidetage. Es ist die Stimmung, die in Ludwig Uhlands wunderbarem Gedicht „Die sanften Tage" zum Ausdruck kommt: die Natur „prangt nicht mehr mit Blüt' und Fülle, all' ihre regen Kräfte ruh'n, sie sammelt sich in süße Stille, in ihre Tiefen schaut sie nun . . ." Und wie die Natur, so lernt auch der Mensch ein friedliches Entsagen — auch ihm ist jetzt Erinnerung genug, Erinnerung an einen vollen, großen Frühling, dessen letzte „Ausläufer" wir in diesen sanften Tagen erleben und Hoffen auf einen neuen, großen Frühling, der uns werden muß. Und so sollte uns dieses freundliche Abschiednehmen der Sonne, die uns noch einmal ein Stückchen Frühling vortäuschen möchte, nicht mit Trauer und Wehmut erfüllen, sondern Gedanken an ein Wiedersehen in uns aufkommen lassen.

□ **Auslandsverkehr der Deutschen Reichspost.** Die österreichische Postverwaltung hat wieder Nachnahmen bis 200 Schilling auf Einschreibbriefsendungen, Wertbriefsendungen und Wertkästchen nach Deutschland zugelassen. Nachnahmen auf Einschreibbriefsendungen, Wertbriefsendungen und Wertkästchen aus Deutschland nach Österreich sind dagegen noch nicht wieder zugelassen. Ebenso bleiben der Postauftragsverkehr nach und aus Deutschland und der Postanweisungsverkehr aus Österreich nach Deutschland weiter gesperrt. Die von den deutschen Postämtern ausgestellten Postausweiskarten gelten fortan auch im Verkehr mit Polen.

Ein bißchen Freude.

Man sollte auch das Armsein nicht übertreiben. Daß es uns nicht besonders gut geht, darüber sind wir längst einig. Daß wir unter solchen Umständen keinen Grund haben, allzu lustig und fidel zu sein, darüber herrscht wahrscheinlich auch nur eine Meinung. Aber daß wir uns nun rein gar nichts mehr gönnen sollten, auch dann nicht gönnen, wenn wir es können, das kann doch wohl kaum gemeint sein. Es gibt jedoch viele, die das so haben möchten, und die über jedes bißchen Freude, das man sich gönnt, um über die Trübsal wenigstens für ein paar Stunden hinwegzukommen, bedenklich den Kopf schütteln.

Da haben wir nun wieder den Winter zu eröffnen, und das bedeutet für diejenigen, welche ihr Leben nicht bloß mit Grillenfangen verbringen möchten, „Saison": Saison mit Theater, Konzerten, Vereinsfesten, Bällen, kurz „Vergnügungen". Die großen Städte wollen wir einmal ganz ausschalten: dort ist das alles Tagesordnung, und man kann es schon verstehen, daß mancher sich über das Zuviel an Vergnügungen aufhält. In den kleineren Orten aber pflegen die Vergnügungen nicht allzu dicht gesät zu sein. Trotzdem gibt es auch hier viele, die mahnend und warnend verkünden: „Nein, auch dieses Wenige dürft ihr nicht tun, denn wir leben in einer Zeit der Not!" Das erscheint anderen wieder nicht ganz richtig, obwohl wir ja die Zeit der Not wirklich haben. Das bewußte „bißchen Freude", meinen sie, sollte man uns nicht nehmen; wer ein wenig nachdenke, werde sich sagen müssen, daß ein gänzlicher Ausfall von Vergnügungen für mehr als einen Beruf, für mehr als ein Handwerk, für mehr als ein Gewerbe eine weitere wirtschaftliche Schwächung bedeuten könnte; denn es gebe in jedem, auch dem kleinsten Orte Menschen, die sich durch ein „Vergnügen" ein bißchen „rangieren" können, und wenn wir anderen ihnen dadurch, daß wir uns ein paar Stunden einer harmlosen Freude hingeben, dazu verhelfen können, brauchten wir uns dessen nicht zu schämen, selbst in dieser Zeit der Not nicht. Wir brauchten ja wirklich nicht gleich mit dem Gelde um uns zu werfen, und das geschehe ja auch wirklich wohl nur selten.

Auch Veranstaltung von Vergnügungen kann Wohltätigkeit, kann Dienst am Mitmenschen sein und ist es auch in sehr vielen Fällen. Das sollten wir jetzt, wo wir mit dem Winter beginnen, uns vor Augen halten. Wir werden dann gerechter denken und nicht jeden, der für kurze Zeit sich ein bißchen Frohsinn verschaffen will, einen „Leichtfuß" nennen. Wobei noch zu sagen wäre, daß die Not der Zeit durch „immer nur klagen" kaum beseitigt werden kann.

—* **Arbeitsdienst in der Senne.** Im Lager Staumühle, einem Teil des Truppenübungsplatzes Sennelager, sind in diesen Tagen die ersten arbeitsdienstwilligen Leute im Alter von 17 bis 22 Jahren eingerückt zu fröhlicher Arbeit. Die Anstalt Bethel und Domvikar Marx, Diözesanpräses der katholischen Arbeitervereine, haben sich die Hand gereicht zur Durchführung eines großzügigen Versuches mit dem freiwilligen Arbeitsdienst. Der Befehlshaber des Wehrkreises VI stellt unentgeltlich einen Teil des Lagers Staumühle zur Unterbringung der Arbeitsdienstwilligen zur Verfügung. Wenn alle Plätze besetzt sind, dürften rund 800 junge Leute bis zum 31. März 1932 im Arbeitsdienst Staumühle Beschäftigung finden. Die Maßnahme wird durchgeführt im Zusammenwirken mit dem Arbeitsamt Paderborn, sowie dem Landkreise Paderborn, der als Träger der Arbeit auftritt. Kultivierung, Aufforstungen Straßenbau sind die Aufgaben der Dienstwilligen. Durch das Gesetz ist der Kreis der zum Arbeitsdienst Zugelassenen leider sehr beschränkt. In erster Linie kommen in Frage Empfänger von Arbeitslosenunterstützung; Anwär-

Mittelständische Selbsthilfearbeit.

Die gewerblichen Genossenschaften in der Krise.

Der Deutsche Genossenschaftsverband e. V. legt jetzt sein Jahrbuch für 1930 vor, nachdem der diesjährige Genossenschaftstag wegen der Juli-Ereignisse abgesagt werden mußte. Dafür ist das Buch bis auf die neuesten Vorgänge ergänzt und durchgearbeitet. Erfreulich ist die eindringliche Offenheit, mit welcher der Herausgeber Professor Ph. Stein, der Anwalt des Deutschen Genossenschaftsverbandes, zu vielen Fragen sich äußert, und ist weiter die sehr eingehende statistische Berichterstattung über Geschäftsverlauf und Gliederung bezüglich der Kredit- wie der Warengenossenschaften. Namentlich die letztere kann für viele andere wirtschaftliche Organisationen als vorbildlich bezeichnet werden.

Bei der Würdigung der Ereignisse im deutschen Bankwesen im Juli und August dieses Jahres wird darauf verwiesen, daß für die Reichsregierung die genossenschaftliche Betätigung der Dresdner Bank bei dem Entschluß zu einer Beteiligung des Reiches an der Bank, maßgebend gewesen sei, diese genossenschaftliche Betätigung aber in keiner Weise entscheidend für die Entwicklung der Verhältnisse bei der Bank gewesen sei. Die Frage der künftigen Stellung der beiden Genossenschaftsabteilungen der Dresdner Bank sei „noch nicht soweit entschieden, daß etwas darüber gesagt werden könne". Eingehend werden die verschiedenen genossenschaftlichen Zusammenbrüche gewürdigt. Stein kommt zu dem Ergebnis, daß trotz einer Reihe von Zusammenbrüchen die gutgeleiteten Genossenschaften eine außerordentliche Zähigkeit bewiesen und die größte Aussicht hätten, die Krise zu überwinden. Was gefallen sei, sei nicht durch die Wirtschaftskrise gefallen, sondern diese habe nur alte Schwächen ans Licht gebracht. Zum Teil habe sich auch gerächt, daß die fortschreitende Verarmung der mittelständischen Mitglieder häufig zu unzulänglichen Sanierungen geführt habe, die bereits den Keim der zweiten und zuweilen dritten Sanierungsnotwendigkeit in sich trugen. An der ganzen Entwicklung sei kaum etwas zu ändern gewesen. Auch durch eine verschärfte oder amtlich vorgeschriebene Form der Revision wäre kaum etwas zu ändern gewesen, weil entscheidend für den Erfolg genossenschaftlicher Arbeit die Person bleibe, welche die Arbeit leiste und leite. Entsprechend dieser Erkenntnis ist dann ein großer Teil des Berichtes den ausgedehnten Bemühungen des Verbandes gewidmet, gemeinsam mit Hochschulen und der Praxis an der Heranbildung eines geeigneten Nachwuchses zu arbeiten.

Im statistischen Teil berichten von den 3488 dem Verbande angeschlossenen Vereinigungen 1261 Kreditgenossenschaften mit 326,8 Mill. Mark Eigenvermögen und 1933 Mill. Mark Betriebsmitteln und 1277 der 1738 Warengenossenschaften. Die berichtenden Warengenossenschaften, welche 200 886 Betriebe des Handwerks und des Kleinhandels vertreten und mit 276,8 Mill. Mark Betriebskapital einen Umsatz von 1,19 Milliarden Mark abwickelten, geben genaue Angaben über die Gruppierung der Mitglieder nach Betriebsgröße, über die Umsatzgeschwindigkeiten und Unkostensätze in den einzelnen Bezirken und Monaten und liefern damit eine erstaunliche Fülle interessanten Materials.

Schließlich enthält der Bericht einen umfangreichen Literaturnachweis, eine Chronik wichtiger Rechtsentscheidungen und Übersichten über die sonstigen Genossenschaftsverbände in Deutschland und im deutschsprechenden Auslande, deren Tagungen und Jahresergebnisse.

„Methodik der Menschenbehandlung".

Die Entfernung mißliebiger Betriebsangehöriger.

In einer im Preußischen Landtag eingebrachten Kleinen Anfrage hatte der Abgeordnete Kuttner (Soz.) erklärt, daß der Leiter des Psychotechnischen Instituts an der Technischen Hochschule, Professor Dr. W. Möde, durch seine unsozialen Anschauungen in letzter Zeit mehrfach Aufsehen erregt habe. In der von ihm herausgegebenen Zeitschrift „Industrielle Psychotechnik" habe Prof. Möde in einem Artikel „Zur Methodik der Menschenbehandlung" den Betriebsleitungen Anweisungen „zur Entfernung oder Kaltstellung mißliebiger Betriebsangehöriger" erteilt, die durch die Skrupellosigkeit der geschilderten Methoden den Protest der Öffentlichkeit wachgerufen hätten. U. a. werde in diesem Aufsatz empfohlen, einen mißliebigen Untergebenen so zu reizen, daß er sich zu ungehörigen Äußerungen gegen Vorgesetzte hinreißen lasse, oder umgekehrt ihn so übertrieben zu loben, daß der Belobte leichtsinnig werde und zu fahrlässigen Handlungen neige. Diese Methoden lassen nach Ansicht des Fragestellers nicht nur jedes soziale, sondern sogar jedes normale Anstandsgefühl vermissen. Das Staatsministerium wurde gefragt, was es dagegen zu tun gedenke, daß durch den Leiter eines staatlichen psychotechnischen Instituts die psychotechnische Wissenschaft in öffentlichen Mißkredit gebracht werde. — In seiner jetzt erteilten Antwort führt der preußische Kultusminister u. a. aus: Der in der Anfrage erwähnte Aufsatz enthält die Darstellung von Behandlungsmethoden, die scharf zu verurteilen sind. Professor Möde will diese Methoden nicht empfohlen, sondern nur als in der Praxis tatsächlich vorkommend objektiv geschildert und im Gesamtverlauf der Darstellung andere und einwandfreie Methoden empfohlen haben. Das tritt in der Broschüre, die Professor Möde später zum gleichen Thema herausgegeben hat, in der Tat mit genügender Klarheit hervor. Dagegen schließt die Fassung des ersten Aufsatzes Mißverständnisse über die Stellungnahme des Verfassers zu den dargestellten Methoden nicht aus. Ich muß es bedauern, daß Professor Möde es nicht zu vermeiden gewußt hat, daß seine Darstellung zu solchen Mißverständnissen Anlaß gegeben hat. Nach den Klarstellungen, die durch die weiteren Veröffentlichungen Professor Mödes erfolgt sind, glaube ich diese Angelegenheit als erledigt betrachten zu dürfen, zumal im Hinblick auf die Verdienste, die sich Professor Möde um die Wissenschaft der industriellen Psychotechnik in Deutschland erworben hat.

Eier aus China.

Humor im Reichstag.

In den zeitweise recht stürmischen Auseinandersetzungen, die die letzten Reichstagssitzungen mit sich brachten, sind auch verschiedene humorvolle Ausführungen verlorengegangen. So hat z. B. der Abg. Leicht von der Bayerischen Volkspartei, der seine Rede mit viel Scherz zu würzen versteht, nach dem soeben fertiggestellten amtlichen Stenogramm die geringe Verwertbarkeit der bäuerlichen Veredelungsprodukte, insbesondere der Eier, darauf zurückgeführt, daß man, während die Inlandseier unverkäuflich bleiben, beispielsweise Eier aus China und auch aus allen anderen Teilen der Welt nach Deutschland hereinkommen läßt, als ob es bei uns daran fehle. Er fuhr dann fort: „Wenn Sie, Herr Reichskanzler, einen Stempel erfinden würden, mit dem man die Auslandseier abstempeln und so gegenüber den Inlandseiern kenntlich machen könnte, so würde Ihnen die Landwirtschaft außerordentlich dankbar sein (Heiterkeit. — Zuruf: „Mit dem bayerischen Löwen!") Sie dürfen auch Ihren Kopf dazu nehmen; ich habe nichts dagegen. (Erneute Heiterkeit.) Ich glaube, das wäre technisch durchaus möglich. So gut man jetzt so weit gekommen ist, Äpfel usw. nach bestimmten Größen durch ein Gefäß zu sortieren und sie sortiert in die bereitstehenden Absendekörbe fallenzulassen, so könnte man es auch mit den Eiern machen, — wenn sie hereingekommen sind, meine ich natürlich. Dadurch wäre es möglich, daß unsere Bevölkerung sie unterscheiden könnte. Die größte Gefahr nämlich besteht darin, daß diese Chineseneier mit den bayerischen oder deutschen Eiern zusammenkommen, und kein Mensch kennt sich mehr aus, ob er jetzt von einem chinesischen Huhn oder von einem deutschen Huhn ein Ei hat. (Heiterkeit.) Das würde an und für sich nichts bedeuten. Aber die Chineseneier müssen doch etwas unterwegs sein, bevor sie in Deutschland eintreffen, und deshalb, glaube ich, werden sie nicht mehr so ganz einwandfrei sein. Sie kommen aber mit den unsrigen unsortiert zusammen, und nun heißt es: „Die Bauern haben uns schlechtes Zeug geliefert! (Zurufe von den Nationalsozialisten.) — Verzeihen Sie, meine Herren, ich wußte zwar, daß auch diese Ausführungen in das Stenogramm aufgenommen werden; aber ich habe sie etwas volkstümlich gehalten, weil der Gegenstand danach gewesen ist."

Das Schicksal der Osthilfe

Osthilfe ohne Preußen.

Anpassung an die veränderten Verhältnisse.

Das Osthilfeprogramm ist bisher nur eine Kette von Enttäuschungen für die auf Hilfe hoffenden Kreise gewesen. War zunächst die politische Belastung für die Durchführung erschwerend, so hat nun die fortschreitende Krise die finanziellen und wirtschaftlichen Voraussetzungen des Programms zerstört. Es müssen neue Wege beschritten werden, um der bedrohten Wirtschaft des Ostens Hilfe zu bringen, soweit Hilfe nicht zu spät kommt.

Die schwerste Belastung für die Osthilfe war das Gegeneinander von Reichs- und preußischen Stellen. Dieser Gegensatz soll nun nach Versicherung der zuständigen Stellen durch die kürzlich erfolgte Aussprache zwischen dem Reichskanzler und dem preußischen Ministerpräsidenten in der Weise beseitigt sein, daß die

Führung in der Osthilfe dem Reich allein überlassen

bleibt. Die Vertreter Preußens scheiden aus der Oststelle aus und die Preußenkasse hat sich in Zusammenhang damit aus der Osthilfe zurückgezogen. Die Leitung der Osthilfe soll dem neuen Reichskommissar Schlange-Schöningen überlassen bleiben, dessen Ernennung unmittelbar bevorsteht. Ob er auch als Minister in das Reichskabinett eintritt, steht noch nicht fest, gilt aber auch als wahrscheinlich. Ihm obliegt nun die Aufgabe, die Osthilfe den veränderten Verhältnissen anzupassen.

Die Voraussetzungen, von denen man bei der Aufstellung des ursprünglichen Programms ausging, Wiederherstellung der Rentabilität der Landwirtschaft und Beschaffung genügender Mittel aus dem Ausland, sind durch die Krisenentwicklung vernichtet worden. Dazu kommt eine grundstürzende Änderung der Bodenpreise und damit der Kreditgrundlage. Was soll nun angesichts dieser schweren Veränderungen geschehen? Darüber gehen auch an den amtlichen Stellen die Meinungen auseinander. Ein Vorschlag geht dahin, man soll die sanierungsunfähigen Betriebe in Konkurs gehen lassen, und mit den Mitteln der Osthilfe den billigen Boden der Siedlung zur Verfügung stellen. Dieser Vorschlag scheitert aber von vornherein daran, daß heute gar nicht mehr die großen Mittel vorhanden sind, um eine umfangreiche Siedlung zu betreiben. Ganz allgemein müssen heute alle

weitgehenden Siedlungspläne beschnitten

werden, denn selbst bei der primitivsten Art der Siedlung bleibt immer noch ein starker Zuschußbedarf. Dazu kommt noch, daß heute auch für die kleinbäuerlichen Betriebe und damit auch für die Siedler

keine Rentabilitätssicherheit mehr

besteht. In manchen Gegenden Deutschlands kann heute nicht einmal mehr die Milch abgesetzt werden, und das Vieh ist zum Teil unverkäuflich. Die Meinung, daß der Kleinbetrieb krisenfest sei, ist durch die Erfahrung der letzten Jahre widerlegt worden. Auch bei den kleinbäuerlichen Betrieben haben die Schwierigkeiten in viel stärkerem Maße zugenommen, als man ursprünglich erwartet hat. Trotzdem hält die Reichsregierung an dem Gedanken fest, daß in größerem Ausmaß als bisher gesiedelt werden muß. Als

billigste Form der Siedlung

wurde die sogenannte Anliegersiedlung festgestellt, die billiger ist als die Neusiedlung. Auf den Ausbau dieser Anliegersiedlung soll auch bei der Osthilfe der Hauptwert gelegt werden. Die Regierung ist der Auffassung, daß die Osthilfe trotz der veränderten Verhältnisse nicht einfach gestoppt werden könne, sondern daß sie in einer anderen Form weitergeführt werden müsse. Dabei soll der Sorge für die erste Hypothek, die teilweise nicht mehr als gesichert gelten kann, besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden. Die künftige Gestaltung der Osthilfe hängt nach Auffassung der zuständigen Stellen vor allen Dingen von der

Erleichterung der Zinslast

ab. Die Entscheidung über die Zinssenkung liegt zurzeit beim Wirtschaftsbeirat. Für die künftige Gestaltung der Osthilfe spielt auch folgende Erwägung eine ausschlaggebende Rolle. Bei dem großen Devisenmangel, der ohne Zweifel auch das nächste Jahr noch bestehen wird, ist Deutschland gezwungen, sich soweit wie möglich von der Einfuhr unabhängig zu machen. Das ist aber gleichbedeutend mit der

Sicherung der Ernte des nächsten Jahres.

Deshalb muß unter allen Umständen verhindert werden, daß ein Teil der Landwirtschaft unter dem Druck der finanziellen Nöte die Betriebsmittel für das nächste Jahr verliert. Um dem vorzubeugen, wird ein allgemeines Moratorium für die Landwirtschaft in Vorschlag gebracht.

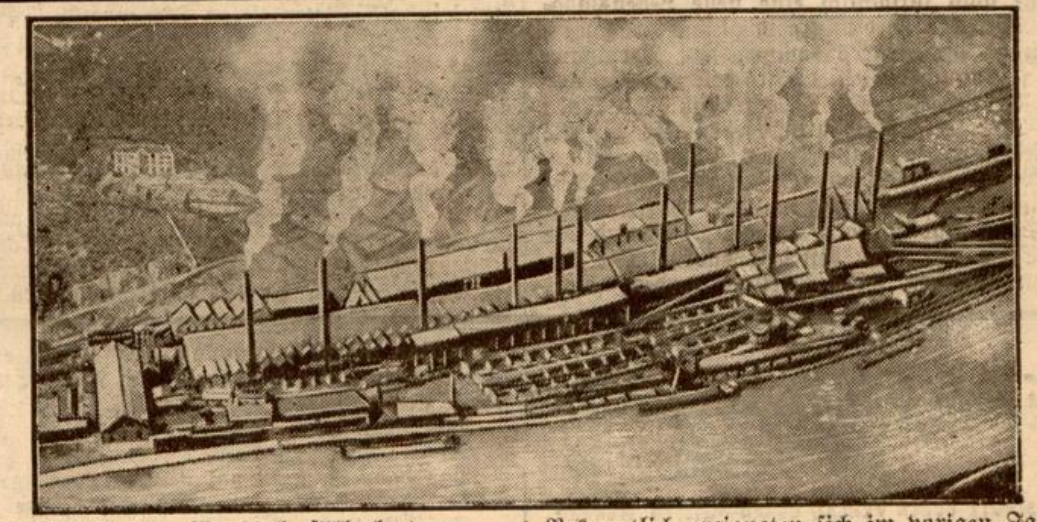
Wie schon betont, werden all diese Pläne bei den zuständigen Stellen noch erwogen, es werden auch — so wird versichert — Maßnahmen nach verschiedenen Richtungen getroffen, aber eine Entscheidung ist noch nach keiner Seite gefallen, weil man zunächst einmal die Stellungnahme des Wirtschaftsbeirates zur Frage der Zinssenkung abwarten will.

An Mitteln für die Osthilfe

stehen noch zur Verfügung: Aus der Industrieaufbringungsumlage für die Umschuldung 50 Millionen Mark, und weitere 50 Millionen von der Rentenbank; weitere Mittel hofft man noch dadurch zu beschaffen, daß man die Industrieaufbringungsumlage des nächsten Jahres vorfinanziert. Bei der Umschuldung wird an den Gläubiger ein Viertel in bar und drei Viertel in sogenannten

Ablösungsscheinen

gegeben. Diese Ablösungsscheine sind für den Verkehr mit der Sparkasse und Genossenschaften bestimmt und sollen innerhalb einer bestimmten Frist abgedeckt werden. Durch das System der Ablösungsscheine können in Verbindung mit den 100 Millionen Barmitteln weitere 100 Millionen aufgebracht werden. Für die Siedlungszwecke stehen im laufenden Etat 100 Millionen Mark zur Verfügung, zum Teil sind sie schon ausgegeben. Weitere 50 Millionen Mark sind als sogenannte Betriebssicherungskredite zur Verfügung gestellt. Von den bisher verteilten Geldern sind 60 Prozent an die Kleinbetriebe und 40 Prozent an die Großbetriebe gefallen.



Die Giftgasfabrik im Maastal stillgelegt.

Auf Grund einer gerichtlichen Entscheidung wird die chemische Fabrik in Engis im Maastal jetzt stillgelegt. Bekanntlich ereigneten sich im vorigen Jahre in der Nähe der Fabrik zahlreiche Todesfälle, die durch giftige, von der Fabrik herrührende Abgase hervorgerufen wurden.

„Eingefrorene" Werte.

Die für die Gesundung der deutschen Wirtschaft nötige Aktivierung der Handelsbilanz um etwa drei Milliarden Mark im Jahr durch Ausfuhrsteigerung setzt die Erschließung neuer Absatzgebiete voraus; sie macht daher gleichlaufend eine Einfuhrverminderung erforderlich. Diese würde sich in der Lebensmittelversorgung, die wir noch zu rund 25 Prozent durch Bezug vom Ausland bestreiten, am stärksten auswirken, denn der Anteil der Ernährung erreicht fast die Hälfte der gesamten Lebenshaltungsausgaben. Er beträgt rund 22 Milliarden Mark, wogegen z. B. der Jahresverbrauch an Steinkohlen, Braunkohlen, Roheisen, Baumwolle und Kalisalzen zusammen nur einem Wert von 5,1 Milliarden Mark entspricht.

Unter den Maßnahmen, die zur Einfuhrverminderung beitragen, steht die Lebensmittelkonservierung an bevorzugter Stelle. Ihre verstärkte Anwendung dient nicht nur dem verbesserten Ausgleich zwischen Erzeugung und Verbrauch, sondern verhindert auch durch den Schutz der Lebensmittel vor dem Verderben beträchtliche Verluste an Volksvermögen. Gegenwärtig beträgt der Verlust an leicht verderblichen Lebensmitteln noch immer 10 Prozent; das entspricht einem Betrage von zwei bis drei Milliarden Mark je Jahr.

Bisher bietet nur die Kältekonservierung die Gewähr, Lebensmittel in ihrem ursprünglichen Zustand unverändert und vollwertig zu erhalten. Sie ist von grundlegender Bedeutung u. a. für die Fischwirtschaft, denn nur sie ermöglicht es, trotz der langen Transportwege einen frischen Fisch dem Verbraucher im Binnenlande zuzuführen. Da der Fischreichtum der Nordsee abnimmt, so ist die Vervollkommnung der Kühlung auch Voraussetzung geworden für die Einbeziehung entfernterer Fangplätze. Die auf den Ergebnissen langjähriger Forschung aufgebauten Schnellgefrierverfahren haben be-

der auf Arbeitslosen- und Krisenunterstützung, die wegen jugendlichen Alters, oder weil sie eine Familie haben, die sie unterhalten kann, einen Anspruch auf Auszahlung der Unterstützung nicht haben, können in den Arbeitsdienst aufgenommen werden nur soweit die vom Reichsarbeitsminister für solche Zwecke zur Verfügung gestellten Mittel reichen. Die dem Landesarbeitsamt Westfalen zustehende Summe ermöglicht die Unterbringung von nur rund 200 Anwärtern. Im allgemeinen sollen 90% der Dienstwilligen, Arbeitslosenunterstützungsempfänger sein, und nur 10% Anwärter auf Unterstützung, die aus den besonderen Mitteln gefördert werden. Wohlfahrtsempfänger können nur dann in den Arbeitsdienst aufgenommen werden, wenn die zuständige Gemeinde sich bereit erklärt, für sie dieselben Leistungen zu übernehmen, die das Arbeitsamt für Empfänger von Arbeitslosenunterstützung übernimmt, d. h. 2 RM für den Wochentag oder RM 12.— für die Woche. Sofern die Gemeinden sich bereit erklären, auch für die Empfänger von Wohlfahrtsunterstützung diesen Satz zu zahlen, wird es möglich sein, den Prozentsatz der Anwärter erheblich zu erhöhen. Erfreulicherweise hat eine große Gemeinde des Industriegebietes bereits grundsätzlich sich zu dieser Regelung bereit erklärt. Infolgedessen wird bereits in kurzem eine größere Anzahl von Wohlfahrtserwerbslosen dieser Gemeinde nach Staumühle einberufen werden können. Alle Anfragen und Meldungen von evangelischen Bewerbern sind zu richten an: Pastor Stratenwerth, Bethel b. Bielefeld.

Halver

—) **Wichtige Fahrplan-Aenderung.** Ab Montag, den 9. November d. J. verkehrt der Personenzug 1066 Halver-Radevormwald-Barmen um 4 Minuten früher also Halver ab 6,09 Uhr und der Mittagszug 1073 Halver-Brügge-Lüdenscheid eine Minute früher also Halver ab 12,44 Uhr.

—0 **Polizeiliches.** Gefunden: Ein Herrenfahrrad. Eine Geldbörse mit Inhalt. Eigentumsansprüche sind im Amtshause, Zimmer Nr. 9 geltend zu machen.

—) Das vom **M.-G.-V. „Liederkranz" Anschlag** angekündigte Konzert in Bommert muß umständehalber auf einen späteren Termin verschoben werden.

—== **Wohltätigkeits-Konzert.** Wie wir erfahren, beabsichtigt der Quartettverein „Frohsinn" Halver in nächster Zeit ein Konzert zu veranstalten. Der Reinertrag soll restlos der Nothilfe Halver zur Verfügung gestellt werden. Wir wünschen dem Verein zu dieser Veranstaltung recht guten Erfolg, damit auch auf diesem Wege der Nothilfe ein recht schöner Betrag überwiesen werden kann.

Kierspe

—s **Milchausgabe an die Schulkinder.** Seit einigen Tagen ist an der hiesigen Schule eine Milchausgabe eingeführt, eine Einrichtung, der man im Kreise der Kinder als auch seitens der Eltern gleich großes Interesse entgegen bringt. Die Milch wird in Flaschen von 1/4 Liter verabfolgt, und mittels eines Röhrchens getrunken. Die Belieferung erfolgt aus der Molkerei des Landwirts Hugo Vollmann hierselbst. Eine vorherige sorgfältige Behandlung gibt Gewähr für eine einwandfreie und hochwertige Milch.

—s **Das Violinkonzert,** ausgeführt von Schülern der hiesigen Schule, worüber wir bereits berichteten, findet am Samstag abend um 6 Uhr im Hotel Plate statt. Jedermann ist willkommen. Eintritt wird nicht erhoben.

—s **Märkische Lichtspiele.** Das diesmalige Programm zeigt wieder ansprechende Werke der Filmliteratur. Zunächst läuft **„Das Wolgamädchen",** ein Roman vom Wolgastrand in 8 Akten. Es ist die traurig-zarte Liebesgeschichte eines arglos gläubigen Mädchenherzens, in dem plötzlich die erste große Neigung erwacht. Doch allzu schnell vergißt der junge Offizier die kurzen Manövertage im kleinen Wolgadorf. In der Großstadt finden wir die Verlassene wieder. Als „Wolgamädchen" steht sie allabendlich von Beifall umjubelt im Licht der Rampe. Doch hinter dem bunten Flitter verbirgt sich ein Leben voll Qual und Demütigung. Bis der Geliebte endlich zu ihr zurück findet! — Eine abenteuerliche Reise wird uns sodann unter dem Titel **„Ohne Geld durch die Welt"** gezeigt. Der Herausgeber des Blattes „Der Mittag" liegt mit dem Herausgeber der „City"-Zeitung im schwersten Wettstreit um die Führung. Als eines Tages „Der Mittag" ein Dauerfahren auf Rollern Berlin—Paris—Berlin ausschreibt und für den Sieger einen Preis von 20 000 RM ausschreibt, kommt Günther, der Sohn des Herausgebers der „City" auf den Einfall eine Reise um die Welt ohne Geld zu machen. Die Tochter des Herausgebers „Des Mittag" erhält hiervon Wind und beschließt, eine gleiche Reise zu machen. Daß es hierbei urkomische Situationen geben wird, ist klar, zumal Günther seine Konkurrentin nicht einmal kennt. Eine glückliche Vereinigung der Beiden fürs Leben beschließt die bunte Handlung dieses Filmwerkes. Auch das Beiprogramm von dem **„Der Spuk in der Nacht"** erwähnt sein soll, wird wieder großes Interesse finden.

*

pn **Lüdenscheid.** 3 Monate wegen Verstoßes gegen die Notverordnung. Ein dem Reichsbanner angehöriger Arbeiter stand gestern vor dem Hagener Schöffengericht, weil er durch Aufreizung zu Gewalttätigkeit einen Verstoß gegen die politische Notverordnung begangen hatte. Anläßlich von Zusammenstößen zwischen Nationalsozialisten und Reichsbannerleuten, wobei letztere jene bedrängten, forderte die Polizei die Reichsbannerleute auf, auseinanderzugehen. Der Angeklagte rief seinen Freunden zu, sie sollten Steine nehmen und vorgehen. Das Hagener Schöffengericht verurteilte ihn deswegen zu 3 Monaten Gefängnis.

Lüdenscheid. Leichenfund. Förster W. fand gestern nachmittag im Walde beim Räther eine weibliche Leiche. Es handelt sich um die seit dem 12. Oktober vermißte Hedwig Taubert von hier. — Gasvergiftung. Der in der vergangenen Woche gemeldete Unfall gelegentlich eines Gasrohrbruchs in der Bahnhofstraße scheint noch ein Nachspiel sonderlicher Art zu haben. Der Hauptrohrbruch ereignete sich am Montagabend und wurde am Dienstag früh beseitigt, nachdem Montags schon Sicherheitsmaßnahmen getroffen worden waren. Bekanntlich drang das ausströmende Gas bis in die angrenzenden Häuser der Mathildenstraße vor. Auch hier wurden die Hausbewohner durch Angestellte des Gaswerkes benachrichtigt, die Wohnung eines Arbeiters L. wurde jedoch verschlossen vorgefunden, und man nahm an, daß die aus Mann und Frau bestehende Familie verreist sei. Am Mittwoch früh meldete sich nun Frau L. und gab an, ihrem Manne sei es nicht wohl. Als ein Arzt kam, stellte er den bereits eingetretenen Tod des Herrn L. fest. Frau L. sagte zunächst, daß sie am Dienstagabend mit ihrem Manne zur Ruhe gegangen sei, dann aber stellte es sich heraus, daß das schon am Montagabend gewesen sei, beide sind also offenbar seit der Nacht des Gasrohrbruches bewußtlos gewesen. Infolge dieser merkwürdigen Umstände hat die Staatsanwaltschaft die Leiche beschlagnahmt und ließ sie sezieren. Vorläufig ist noch nicht bekannt geworden, welches Ergebnis die Sektion gehabt hat. — Ein weiterer Gasunfall zeigte sich am Montag in der Turmstraße. Hier war ebenfalls das Hauptrohr gebrochen, und durch das in ein benachbartes Haus eindringende Gas wurden zwei junge Mädchen betäubt. Man schaffte sie sofort ins Krankenhaus, von wo sie bald wieder entlassen werden konnten.

Beschaffung von Gelegenheit zum Kartoffelanbau

für Erwerbslose und Wohlfahrtsunterstützungsempfänger.

—0 **Halver,** den 5. November 1931.

Die Not der Gegenwart zwingt ernstlich zur Klärung der Frage, ob und inwieweit durch geeignete Maßnahmen dieser Not gesteuert werden kann. In der letzten Sitzung der Gemeindevertretung Halver ist man sich darüber klar geworden, daß die Mittel der Gemeinde im nächsten Jahre nicht ausreichen werden, um eine Wintereinkellerung der Hilfsbedürftigen mit Kartoffeln in demselben Umfange wie in diesem Jahre durchführen zu können. Es wurde vielmehr angeregt, nach Mitteln und Wegen zu suchen, die im nächsten Jahre die Wintereinkellerung der Hilfsbedürftigen mit Kartoffeln ermöglichen, ohne daß die Gemeinde in demselben Maße finanziell in Anspruch genommen würde, wie im laufenden Jahre. Es wurde eine Kommission gebildet, die diese Fragen durchberaten und klären sollte. Diese Kommission hat beraten und hält es für erforderlich, das Ergebnis der Beratungen öffentlich bekannt zu geben, damit Unklarheiten, die in der Bevölkerung über die Absichten der Gemeinde bestehen, beseitigt werden.

Die Gemeinde muß, weil auf die Dauer die Wohlfahrtslasten unerträglich werden, wenigstens die Ausgaben für die Wintereinkellerung soweit herabmindern, als dieses überhaupt möglich ist. Sie sieht eine Möglichkeit darin, das statt der Hergabe einer bestimmten Menge an Kartoffeln der Kartoffelanbau von allen arbeitsfähigen Beteiligten auf einem zur Verfügung gestellten Grundstück selbst betrieben werden kann und daß damit die Gemeinde der Notwendigkeit der Versorgung dieser Kreise mit Kartoffeln enthoben ist. Dabei ist daran gedacht, Land, Aussaat, und soweit erforderlich, auch Dünger in mäßigem Rahmen zu billigen Preisen, notfalls umsonst, zur Verfügung zu stellen. Da die Gemeinde gemeindeeigenes Gelände in dem notwendigen Ausmaße nicht zur Verfügung hat, ist sie darauf angewiesen, Privatgrundbesitzer zu bitten, Land verfügbar zu machen und zu möglichst mäßigem Preise, wenn nicht umsonst, an die Gemeinde pachtweise zu überlassen. Das auf diese Weise gewonnene Land soll unterverteilt werden an die Leute, die sich dafür interessieren und die voraussichtlich im nächsten Jahre nicht in der Lage sein werden, ihren Winterbedarf an Kartoffeln auf eigene Kosten einzudecken. Zusammenhängend mit dieser Frage, soll auch geprüft werden, inwieweit es möglich ist, durch Kleinkierhaltung die wirtschaftlichen Verhältnisse der einzelnen Beteiligten günstiger zu gestalten.

Bevor jedoch endgültig über die schwebenden Fragen entschieden werden kann, ist es erforderlich, das zunächst genügend Land zur Verfügung steht und daß sich die Interessenten bei der Verwaltung melden.

Alle, die Land abgeben können, werden gebeten, dieses unter Angabe der Größe des fraglichen Landes der Amtsverwaltung mitzuteilen, vielleicht auch dazu zu sagen, ob es sich um Kulturland oder anderes Gelände handelt.

Weiter werden alle Interessenten gebeten, sich ungesäumt bei der Verwaltung zu melden, da die Gelegenheit den eigenen Bedarf an Kartoffeln anzubauen, sich unter den günstigsten Bedingungen bietet. Es muß andererseits schon jetzt mit aller Deutlichkeit darauf hingewiesen werden, **daß arbeitsfähige Personen, die von der ihnen jetzt gebotenen Gelegenheit zur Deckung ihres nächstjährigen Winterbedarfs an Kartoffeln keinen Gebrauch machen, keine Aussicht haben, von der Gemeinde im nächsten Jahre Kartoffeln zu erhalten.**

Breckerfeld. Bildung eines Verkehrsausschusses in Breckerfeld. Die Vorstände der S.-G.-V.-Abt., des Bürgervereins, des Wirtevereins und des Skiklubs waren vom Bürgermeister Nieder-Westermann zu einer Sitzung eingeladen worden, um zu beraten, was zur Hebung des Fremdenverkehrs getan werden müsse. Der Bürgermeister führte aus, daß er einer Anregung der Amtsvertretung nachgegangen sei, wenn er Vertreter derjenigen Vereine, welche sich mit Fremdenwerbung, Hebung des Fremdenverkehrs oder Verbesserung der Verkehrsverhältnisse für die Gemeinde bis jetzt befaßt hätten, zur Beratung nach hier gebeten habe. Man sei der Meinung, daß in Zeiten der Not, in Zeiten des Niederganges der Industrie alles versucht werden müsse, Geld in den Amtsbezirk zu bringen. So müsse auch dem Fremdenverkehr noch viel mehr Aufmerksamkeit als bisher geschenkt werden. Hätten dies auch in dankenswerter Weise die hier vertretenen Vereine mehr oder weniger schon betrieben, so sei doch eine Zusammenfassung der Bestrebungen, ohne Beeinträchtigung der Sonderziele des Vereins, im Interesse der Allgemeinheit sehr zu begrüßen. Der Bürgermeister bat um eine gründliche Aussprache in dieser Angelegenheit. In der regen Aussprache wurde darauf hingewiesen, daß das Bergstädtchen Breckerfeld und seine Umgebung an prächtigen Rundblicken, sehenswerten Altertümern usw. dem Fremden mancherlei zu bieten habe. Natürlich ließe sich auch noch manches schaffen, z. B. durch Eröffnung des Heimatmuseums, durch Einrichtung eines Strandbades u. a. m. Habe man sich bisher meist auf den Durchgangsverkehr eingestellt, so könne man auch heute dem verwöhntesten Erholungsuchenden für längeres Verweilen angenehmen Aufenthalt bieten. Da Breckerfeld die größte Höhenlage (440 m) des Ennepe-Ruhr-Kreises und äußerst günstiges Gelände besitzt, sei eine Belebung des Fremdenverkehrs im Winter unter Hinweis auf die guten Sportmöglichkeiten mit allen Mitteln zu betreiben. Leider sei Breckerfeld aber noch immer viel zu wenig bekannt, so daß durch geschickte Reklame diesem Mangel abgeholfen werden müßte. Es wurde darum einstimmig zur Zusammenfassung der Kräfte für die Hebung des Fremdenverkehrs beschlossen, bei Vermeidung der Gründung eines neuen Vereines einen Verkehrsausschuß zu bilden, der sich aus Mitgliedern der vertretenen Vereine zusammensetzen soll. Je Verein kommen bis zu 3 Mitgliedern in Frage, die von den Vereinen zu bestimmen sind. Auf Antrag wurde auch die gewerbliche Mittelstandsvereinigung hinzugenommen. Sollte sonst ein Breckerfelder Verein Wert darauf legen, im Ausschuß vertreten zu sein, so ist er zur Mitarbeit natürlich herzlich willkommen. Die offizielle Gründung des Ausschusses soll am 18. Nov. d. J. erfolgen.

Breckerfeld. Autodieb. Zum vorgestrigen Bericht können wir noch ergänzen, daß der verhaftete Autodieb als der 21jährige Kaufmann Erich K. aus Magdeburg festgestellt wurde, der nach einer Unterschlagung von 3000 RM auf seinen Irrfahrten bis Köln gekommen war. Hier gelang es ihm, die Reise mit einem gestohlenen Auto fortzusetzen, um, wie er sagte, zwecks Anwerbung für die Fremdenlegion die französische Grenze zu erreichen.

Zur Haarpflege nur Spezial-Mittel! Eine Mißhandlung Ihres lebenden zarten Haares ist es, zu seiner Pflege Reinigungsmittel zu verwenden, die für tote Gegenstände bestimmt sind. Denn es fehlen die kosmetischen Zusätze, die den Aufbau des Haares fördern, seine Schönheit und vor allem Gesundheit erhalten! Also keine Experimente — dazu ist Ihr schönster Schmuck, das Haar, zu schade!

Schönes und gesundes Haar verbürgt Ihnen die regelmäßige Pflege mit Schwarzkopf-Extra, dem Haarglanz-Schaumpon, das Ihr Haar gesund und kräftig erhält und ihm einen wundervollen Glanz verleiht. Schwarzkopf-Extra, dem „Haarglanz" stets beiliegt, ist ein Spezial-Haarpflege-Mittel auf Grund 30 jähriger Erfahrung.

Werdohl. Aufklärung eines Raubüberfalles. — Der hier wohnende Räuber und sein Mittäter verhaftet. Der am 27. Oktober bei Westönnen verübte Raubüberfall auf einen Lehrling, wobei den Tätern 106 RM in die Hände fielen, hat eine äußerst schnelle Aufklärung gefunden. Bereits am 28. v. Mts. wurde eine der Tat verdächtige Person verhaftet und in das Amtsgericht Soest eingeliefert. Die Nachforschungen ergaben nun, daß der Verhaftete nicht der Räuber war, wohl aber bei dem Raubüberfall seine Hand im Spiele gehabt hat. Die Spuren wiesen nach Werdohl und es wurde ermittelt, daß eine in Frage kommende Person sich hier aufhielt. Der Ueberfallene wollte den Täter bestimmt wiedererkennen, wenn er ihm gegenübergestellt würde. Und so war es auch. Gestern nachmittag wurde der Ueberfallene hier dem von der Polizei vorgeführten Verdächtigen gegenübergestellt und darauf hat der Räuber dann seine Tat gestanden. Es handelt sich um einen Heinrich Schenzer, der in einer hiesigen Kantine wohnte. Eine weitere Verhaftung wurde noch vorgenommen, jedoch leugnete der Verhaftete die Täterschaft, wurde aber durch das Geständnis des Sch., nachdem dieser noch weitere Personen der Mittäterschaft verdächtigt hatte, die er aber später widerrief, überführt. Das Geld, das aus etwa 80 RM Papier- und Silbergeld und einem Scheck in Höhe von 26 RM bestand, haben sich die Täter geteilt. Sch. ist derjenige, der den Boten überfallen hat, während die beiden anderen „Schmiere" gestanden haben. Das Geld haben die Täter zum größten Teil anschließend an ihre Tat in Soest verjubelt.

Soest. Pfarrhausüberfall am hellen Tage. Gestern mittag verübte ein Mann aus Soest einen Ueberfall auf die hiesige Propstei. Als er erfuhr, daß der Propst nicht zu Hause weilte, bedrohte er die Haushälterin und rief ihr zu: „Hände hoch!" Die Haushälterin flüchtete jedoch in das Wohnzimmer zum Telephon und benachrichtigte die Polizei. Der sofort erscheinende Polizeibeamte konnte den Täter noch in der Wohnung festnehmen.

Wipperfürth. Protest gegen den Riesen-Ringkreis Köln-Mülheim-Wipperfürth. Der Kreisvorstand der Zentrumspartei des Kreises Wipperfürth erhebt in einer Entschließung schärfsten Protest gegen jede Zerreißung des Kreises Wipperfürth, ebenso gegen Zuteilung einzelner Kreisteile an den Kreis Gummersbach und gegen die Bildung eines Riesenkreises Köln-Mülheim-Wipperfürth. Der Kreis Wipperfürth wolle unbedingt als Ganzes selbständig bleiben, höchstens aber als Ganzes sich mit dem Kreise Mülheim vereinigen, gemäß dem Kreistagsbeschluß vom 27. Nov. 1928. In gleicher Weise befaßte sich auch der Vorstand der Zentrumspartei mit dieser Angelegenheit und nahm nachstehende Entschließung an: Auch die Zentrumspartei der Stadt Wipperfürth weist mit Entrüstung jeglichen Plan der Aufteilung des Kreises Wipperfürth zurück. In einer Entschließung fährt sie fort: Insbesondere muß sie schärfsten Protest dagegen einlegen, daß man sogar in Erwägung gezogen hat, eine total unmögliche Vereinigung von Teilen des Kreises mit dem Kreise Gummersbach vorzunehmen. Der Kreis Wipperfürth hat sich hundert Jahre in seiner jetzigen Form als lebensfähig erwiesen, und es besteht kein Zweifel, daß dies auch in Zukunft der Fall bleiben wird. Die Bevölkerung Wipperfürths will unbedingt seine Erhaltung.

Köln. Volontär als Oberstleutnant. Ein 21jähriger Hochstapler. Nach einem Einbruchsdiebstahl in Trier floh ein junger Mann nach Cochem und Bullay. Dann begab er sich nach Koblenz, wo er ein Telegramm an die Adresse eines Kölner Luxushotels aufgab, das er mit „Graf von Spee" unterzeichnete. In Köln gab er an, dieser Graf von Spee zu sein. Die erste Unterkunft in Köln bezahlte der „Graf", allerdings nahm er ein Handtuch mit. Dann zog er in ein anderes Kölner Hotel, nannte sich hier Graf von Schlieffen, sagte, er sei Oberstleutnant und zeigte auch einen Paß auf diesen Namen. Diesen Ausweis hat er sich selbst angefertigt. Es gelang ihm, in dem Hotel 50 RM zu stehlen; doch wurde er schnell ermittelt und hinter Schloß und Riegel gesetzt.

Trier. Kind auf dem Friedhof verbrannt. Am Montagnachmittag befand sich ein 7jähriges Kind allein auf dem Friedhof von Trier-Euren. Das Kind kam den brennenden Kerzen auf einem Grabe zu nahe, worauf die Kleider Feuer fingen. Im Nu war die Kleine in Flammen gehüllt. Ein zufällig mit seinem Fuhrwerk vorbeikommender Landwirt beobachtete den Vorgang und eilte zu Hilfe. Er riß dem Kinde die brennenden Kleider vom Körper und brachte es in die elterliche Wohnung. Die Kleine hat schreckliche Brandwunden erlitten und mußte ins Krankenhaus gebracht werden, wo die bedenklich daniederliegt.

Die Millionen Funkhörer.

3 731 948 Rundfunkteilnehmer in Deutschland.

Am 1. Oktober 1931 betrug die Zahl der Rundfunkteilnehmer in Deutschland 3 731 948. Darunter befinden sich 218 191 Arbeitslose, Blinde und Schwerkriegsbeschädigte, denen die Zahlung der Rundfunkgebühren erlassen ist. Nach der Einwohnerzahl von Ende 1930 (64 484 000) entfallen auf je 1000 Einwohner 57,7 Rundfunkteilnehmer. Am 1. Juli 1931 waren 3 719 594 Teilnehmer vorhanden. Der Zugang im letzten Vierteljahr beträgt mithin 12 354 (0,3 Prozent). Gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres hat sich die Teilnehmerzahl um 490 223 (15,1 Prozent) erhöht.

Aus einer Reihe von weiteren Staaten liegen ebenfalls neuere Rundfunkzahlen vor, die einen Vergleich mit den deutschen Ziffern ermöglichen. Es hatten Funkhörer: Belgien 167 500, Dänemark 456 500, Estland 14 464, Groß-

britannien 3 844 102, Italien 206 105, Südslawien 30 398, Lettland 41 910, Litauen 11 763, Marokko 3000, Niederlande 122 413, Norwegen 95 555, Österreich 450 272, Rumänien 60 163, Schweiz 123 611, Tschechoslowakei 336 117.

Sturmschäden in England.

Bisher drei Tote. — Zahlreiche Schiffe in Not.

Dem ungeheuren Sturm, der nach kurzer Unterbrechung mit unverminderter Heftigkeit wieder auflebte, sind bisher drei Menschenleben zum Opfer gefallen, während zahlreiche Personen mehr oder weniger schwere Verletzungen erlitten. Aus allen Teilen des Atlantik, des Kanals und der Biskaya laufen zahlreiche SOS-Rufe von Schiffen in Not ein. Die Übungen des zweiten englischen Kreuzergeschwaders mußten unterbrochen werden.

Infolge ungeheurer Regengüsse stürzte eine Kohlenhalde in Rhondda Walley zusammen und begrub einen Teil der Zechengebäude unter sich, so daß die unter Tage arbeitende Belegschaft, 700 Mann, in schwerste Gefahr geriet. Auch aus verschiedenen anderen Grubengebieten werden schwere Zerstörungen und teilweise Betriebseinstellungen gemeldet. So ist die Blaina-Grube vorübergehend abgesoffen. In Cowes wurde ein riesiger Transformator im Gewicht von mehreren hundert Tonnen vom Sturme umgeblasen.

Die Kanalschiffahrt und der Flugverkehr nach dem Kontinent sind entweder völlig eingestellt oder haben sehr große Verzögerungen erlitten.

Neue Kundgebungen gegen Professor Dehn.

Polizei greift ein.

Am Mittwochabend wiederholten sich die Kundgebungen gegen Professor Dehn vor der Hallischen Universität. Der Rektor hatte, um strengste Absperrungsmaßnahmen zu ermöglichen, die Vorlesungen Dehns bis zum Schluß des übrigen Kollegbetriebes verlegt. Das Kolleg sollte erst um 20 Uhr beginnen. Schon von 19 Uhr ab machten sich vor der Universität starke Ansammlungen von Studenten bemerkbar. Gegen 19,30 Uhr wurde Polizei eingesetzt, die den Platz zu räumen versuchte. Die Menschenmenge wuchs indessen immer weiter an. Die Massen wurden in umliegende Gebäude abgedrängt, von deren Freitreppen und unterbrochen in Sprechchören „Dehn raus!" und „Schupo raus!" gerufen wurde..

Es gelang erst nach Herbeirufung erheblicher Verstärkungen, den Platz und die Gebäude zu räumen. Der Universitätsplatz sowie die einmündenden Straßen waren von Tausenden von Menschen umsäumt, die sich jedoch jeglicher Kundgebung enthielten. In geschlossenen Gruppen marschierten die Studenten schließlich unter Absingen des Deutschlandliedes vom Universitätsplatz ab.

Während die Polizei das Universitätsgelände ohne Gewaltanwendung räumen konnte, mußte außerhalb der Universitäts-Bannmeile, wo es zu stürmischen nationalsozialistischen Kundgebungen kam, vom Gummiknüppel Gebrauch gemacht werden, um die tausendköpfige Menschenmenge zu zerstreuen. Gegen 21 Uhr wurde berittene Polizei in großem Umfange eingesetzt. Trotz des ungewöhnlichen Umfanges der Tumulte wurden nur verhältnismäßig wenige Verhaftungen vorgenommen.

Gotteslästerer zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt

Der Schriftsetzer Martin Teuber wurde am Mittwoch vom Schöffengericht Berlin-Charlottenburg wegen Beschimpfung kirchlicher Einrichtungen und Gebräuche zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Teuber hatte im Februar einen Gottlosenabend veranstaltet, bei dem auch eine Gottlosenrevue aufgeführt wurde, die den Grund für die Anklageerhebung bildete.

Sehnder Jollenfahrer gestrandet.

Der Plan der Ozeanüberquerung gescheitert.

Der Seemann Heinrich Gieselmann aus Sehnde bei Hannover hatte gemeinsam mit einem Freunde, Hans Krieg aus Königsberg, den abenteuerlichen Plan gefaßt, in einer Jolle von nicht mehr als 7½ Meter Länge den Ozean zu überqueren. Das Fahrzeug wurde auf dem Sägewerk Kaufhold in Sehnde erbaut, und hatte außer dem Segel eine Motoranlage als Triebkraft. Nach einigen kleinen Probefahrten kam die Jolle, die den Namen „Große Freie" erhielt, nach Hannover, wurde hier noch mit einer Radioanlage ausgestattet und trat dann die Ausreise durch den Rhein-Weser-Kanal nach dem Rhein an, um über Rotterdam nach Spanien, über Gibraltar nach den Kanarischen Inseln und von da über den Ozean nach Haiti zu gelangen.

Am 17. Oktober war die „Große Freie" in Calais eingetroffen; aber schon da hatte die Jolle einen Gaffelbruch erlitten, der erst ausgebessert werden mußte. Nun ist das Fahrzeug dem Sturm im Kanal zum Opfer gefallen. Aus London wird uns dazu gemeldet: Die beiden Segler wurden bei Swanage an Land geworfen und ihr Boot zerstört. Die Insassen verloren dabei einen großen Teil ihrer Habe, so daß zunächst einmal die Schiffbrüchigengesellschaft für sie sorgen mußte. Sie hatten Cherbourg am Montag verlassen, waren infolge des Sturmes über den Kanal getrieben worden und mußten während der ganzen Nacht dauernd Wasser aus dem Boot schöpfen, um es schwimmfähig zu erhalten.

Verhaftung im Gerichtssaal.

Wegen Wechselfälschung in 60 Fällen unter Anklage.

Vor dem Erweiterten Schöffengericht in Hildesheim hatte sich der 59 Jahre alte Kaufmann und Firmeninhaber Max B., früher in Hildesheim, zurzeit in Hannover wohnhaft, wegen schwerer Wechselfälschung in 60 Fällen zu verantworten. Er ließ sich von seiner Kundschaft, die er länger als 30 Jahre bediente, für gelieferte Waren Unterschriften geben, die später als Wechsel präsentiert wurden. Keiner der Zeugen will ein Wechselformular unterschrieben haben. In 23 Fällen nahm B. auch noch schwere Blankettfälschungen vor. Er ist bereits wegen Preistreiberei und kürzlich wegen Konkursverbrechens, Pfand- und Siegelbruchs verurteilt worden. Das Gericht vertagte die Verhandlung einstweilen, um Schriftsachverständige zur Prüfung der Unterschriften heranzuziehen. Das Gericht beschloß, den Angeklagten wegen Fluchtverdachts sofort zu verhaften.

Bauerngehöft durch Felssturz zerstört.

Drei Tote.

Durch die seit einigen Tagen in Norwegen herrschenden außerordentlichen starken Regenfälle hat sich in der Nacht ein Felssturz im Westlande ereignet. In dem Kirchspiel Viki (Norwegen) ist ein ganzes Bauerngehöft von einem abstürzenden Fels verschüttet worden. Von den sieben Einwohnern des Hofes konnten nur vier gerettet werden, während die übrigen drei, darunter zwei Frauen, unter dem Geröll ums Leben kamen. Das Vieh des Gehöfts wurde erschlagen.

Auch aus anderen Gegenden des Westlandes werden große Felsstürze gemeldet, durch die mehrere Gehöfte zerstört worden sind. An mehreren Stellen sind auch die Wege durch das Gestein zerstört worden. Mehrere Flußläufe sind durch Geröll vollkommen aufgedämmt, wodurch Überschwemmungen hervorgerufen worden sind.

Schlußdienst.

Vermischte Nachrichten vom 4. November.

Verschuldete Ortskrankenkasse.

Frankfurt a. M. Einige Vorstandsmitglieder der Ortskrankenkasse Frankfurt a. M. haben sich nach Berlin begeben, um mit der Regierung und ihr nahestehenden Finanzinstituten über die Aufnahme eines Überbrückungskredites zu verhandeln. Die Kasse steht mit ihren Verbindlichkeiten in erheblichem Maße im Rückstand. Die Schulden der Kasse allein gegenüber dem Ärzteverband belaufen sich auf 350 000 Mark.

Acht Kommunisten unter Mordverdacht verhaftet.

Königsberg. In Königsberg wurde vor längerer Zeit ein Nationalsozialist ermordet aufgefunden. Der Verdacht der Täterschaft richtete sich gegen Kommunisten. Nach monatelangen Bemühungen ist es der Polizei gelungen, die mutmaßlichen Täter zu verhaften und dem Untersuchungsrichter zu übermitteln. Bisher sind acht Personen verhaftet worden, die sämtlich kommunistischen Terrorgruppen angehören.

Hochverratsverfahren gegen König Alfons beantragt.

Paris. Ein Unterausschuß des Parlaments hat beantragt: den früheren König Alfons und alle Persönlichkeiten, die für die Einsetzung der Diktatur des Generals Primo de Rivera mitverantwortlich sind, wegen Hochverrats anzuklagen. Sofern in diesem Falle die Todesstrafe nicht anwendbar sei, solle das gesamte Vermögen des Königs in Spanien enteignet werden.

Sprengstoffunde in Räsfeld.

Münster. Gegen einen Landwirt in Räsfeld bestand der Verdacht, daß er Sprengstoffe im Hause versteckt habe. Bei einer Hausdurchsuchung fand man etwa 25 Pfund Romperit und 26 Sprengkapseln, die beschlagnahmt wurden.

Postfriede in Wien.

Wien. Zwischen der Generalpostdirektion und den Personalvertretungen der Post-, Telegraphen- und Telephonangestellten wurde ein Abkommen unterzeichnet, durch das die Schwierigkeiten in der Nebengebührfrage beseitigt wurden, so daß der Streitfall, der zu einem Streik zu führen drohte, beigelegt erscheint.

Weniger Maschinen, mehr Arbeitskräfte.

Newyork. Wie aus Detroit gemeldet wird, hat Ford auf seiner Versuchsfarm in der Nähe der Stadt bei den Erntearbeiten von dem Gebrauch sämtlicher modernen landwirtschaftlichen Maschinen Abstand genommen, um auf diese Weise mehr Arbeitskräfte verwenden zu können. Es werden auf seiner Farm nunmehr 600 Arbeiter statt bisher 100 beschäftigt.

Börse und Handel

Amtliche Berliner Notierungen vom 4. November.

* **Devisenbörse.** Dollar 4,20—4,21; engl. Pfund 15,78 bis 15,82; holl. Gulden 170,03—170,37; Danz. 82,37—82,53; franz. Franc 16,58—16,62; schweiz. 82,12—82,28; Belg. 58,74—58,86; Italien 21,68—21,72; schwed. Krone 91,91—92,09; dän. 90,91 bis 91,09; norweg. 88,91—89,09; tschech. 12,47—12,49; österr. Schilling 58,94—59,06; Argentinien 1,01—1,02; Spanien 36,91 bis 36,99.

Schriftleitung: Wilh. Bell jr., Halver i. Westf.

ACHTUNG

Möbelkäufer

Infolge eines günstigen Einkaufs aus einer Konkursmasse bringt ein äußerst leistungsf. Möbelhaus einen groß. Posten

Zimmereinrichtungen

mit langjähriger Garantie zu denkbar billig Preisen zum Verkauf.

Interessenten wollen Eilofferten unter K 125 an die Geschst. des Allg. Anzeig. Halver richten.

Kostenloses Abholen zwecks Besichtigung mit eigenen Personenwagen.

Theater in Schnörrenbach!

Am Sonntag, den 8. Nov., nachm. 4½ Uhr Es gelangt zur Aufführung:

„Das Drama in der Schmiede"

in 4 Aufzügen.

Anschließend **BALL!**

Konzert 50 Pfg. Ball 50 Pfg. Eintritt.

Um zahlreichen Besuch bittet:

Theater-Verein „Germania" Schnörrenbach.

Für wenig Geld!

gute, moderne

Tapeten

Die Preise s. ganz gewaltig herabgesetzt.

Drogerie C. Baukloh,

Kierspe-Bhf. Ruf 572 Meinerzh.

Neue **Uhren** sowie **Reparaturen** gute Arbeit, jetzt sehr billig bei Uhrmacher

Brüser, Bollwerk.

Ernst Küch jr.

Forstkulturgeschäft

Elbringhausen bei Kierspe

Fernspr. 667 Amt Meinerzhagen.

Lieferung u. Anpflanzung von in eigenen Kulturen gepflanzten

Nadel- u. Laubhölzer

Prompte Bedienung Billige Preise



Freiw. Feuerwehr Halver

Samstag, den 7. November, abds. 8 Uhr im Vereinslokal Hotel zur Post

General-Versammlung

Tagesordnung:

1. Bericht über d. Provinzial- und Kreisverbandstagungen.
2. Appell in allen Ausrüstungsgegenständen
3. Verschiedenes.

Das Kommando.

Anzug: Tuchrock und Mütze.

Futtermittel!

Eingetroffen und auf Lager vorrätig:

Erdnußmehl
Sojaschrot
Palmkernmehl
Leinmehl
Sahne-Brockenfutter
Grobe Weizenkleie
Weizennachmehl
Zuckerschnitzel
Mais
Maisschrot
Gerste
Gerstenschrot
Geflügelfutter aller Art
Pferdehäcksel
Pferdemelasse
Kochsalz
Viehsalz

Bestellungen auf:

Runkeln
Zuckerrüben
gelbe Futtermöhren
Stroh u. s. w.

nehme entgegen

C. Zimmermann,

Ohl-Rönsahl,

Telefon Nr 11 Rönsahl.

Stickrahmen

verstellbar.

Wilh. Bell jr., Halver.

Miele

der Staubsauger ohne Kurzschlußgefahr.

Alle stromführenden Teile sind von dem Isoliergehäuse eingeschlossen. Außergewöhnlich hohe Saugwirkung. Geringer Stromverbrauch. Staubkessel aus bestem Stahlblech nahtlos gezogen. Mahagonifarbig. Infolge seiner gediegenen Ausführung und seines ansprechenden Aussehens ein Schmuckstück für jeden Haushalt.



Mielewerke A.G., Gütersloh/Westf.

Über 2000 Werksangehörige.

Zu haben in den einschlägigen Geschäften.

Freud und Leid

teilt man seinen Freunden und Bekannten am einfachsten durch Familien-Anzeigen in dem

Allgemeinen Anzeiger, Schalksm. Gen.-Anzeiger

mit . . . . . .

Westdeutscher Rundfunk.

Freitag, den 6. November.

6,45—7,00 Leibesübungen. Dr. Ludwig Bach.
7,00 Wettervorhersage und Zeitangabe.
7,05—8,00 Morgenkonzert.
8,00 Wiederholung der Wettervorhersage und Zeitangabe, Wasserstandsmeldungen.
10,15—10,30 Gymnastik für Frauen. Hilde Bremus.
10,30 Erste Meldungen und Zeitangabe.
10,40—11,15 Schallplattenkonzert (Grammophonplatten „Die Stimme seines Herrn").
11,20—11,50 Schulfunk für die Mittelstufe höherer Lehranstalten. Französische Unterhaltung.
12,00 Schallplattenkonzert (Grammophonplatten „Die Stimme seines Herrn").
12,50 Wetterbericht.
12,55 Nauener Zeitzeichen, Mittagsmeldungen und Zeitangabe.
13,05—14,30 Mittagskonzert, Leitung: Wolf.
14,30 Funkwerbung mit Schallplatten.
15,30 Wirtschaftsmeldungen und Zeitangabe.
15,50—16,20 Kinderstunde. Els Vordemberge: Aus unserer Werkstatt. Allerlei aus Plastilin.
16,20—17,00 Jugendfunk. 1. Die Geschichte einer Mutter. Märchenspiel nach Andersen von W. Blachetta. Spielleitung: Heil. 2. Josef Breuer: Wir lernen das Schachspiel. IV. Schachmatt — Patt — Remis.
17,00—18,00 Vesperkonzert. Das Streichquartett des Westdeutschen Rundfunks. [Rhein, Schwarz (Geige), Ringnalda (Viola), Grote (Cello)], Pillney (Cembalo), Fritzsche (Flöte), Böhm (Baß), Hartung, Esser (Oboe), Hartung, Färber (Horn). Von Tartini bis Strawinsky (III).
18,00—18,20 Die Welt im Buch. Walter Gizewski: Abwehr und Aufbau. Gottfried Benn: „Fazit der Perspektiven". — George Duhamel: „Spiegel der Zukunft". — Rudolf Borchardt: „Führung". — Max Scheler: „Die Idee des Friedens und des Pazifismus".
18,20—18,40 Weltwirtschaftliche Tagesfragen. Dr. Fritz Sternberg: Die Bedeutung des französischen Kapitalmarktes in der Weltwirtschaftskrise.
18,40—19,00 Englische Unterhaltung. Lektor Dr. C. Bennett — Lektorin A. Rüschkamp-Whitehead.
19,00—19,15 Wetterbericht, Zeitangabe, Wirtschaftsmeldungen und Sportvorbericht.
19,15—19,25 Vom Tage.
19,30—19,55 Meine Heimat. Dettmar Heinrich Sarnetzki.
19,55 Erste Abendmeldungen.
20,00 **Lustiger Abend.** Kapelle Eysoldt.
22,05 Letzte Meldungen, Bericht über das geistige Leben, Sportbericht.
Anschließend bis 23,00: Nachtmusik, Leitung: Wolf.
23,00—24,00: Konzertübertragung aus dem Café Hemesath, Düsseldorf, Kapelle: Willy Legi Martini.